

presse

Krümmel: Unfähigkeit behördlich bestätigt

Zur Ablehnung der designierten Leiterin des Atomkraftwerks Krümmel, Ulrike Welte, erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Marco Bülow:

Da nutzt alles Beteuern der AKW-Betreiber, die Sicherheit stände an erster Stelle und deutsche AKW seien daher absolut sicher, nichts. Die Realität sieht anders aus. Die Ablehnung einer designierten AKW-Leiterin durch die Behörden macht deutlich, dass das Sicherheitsrisiko nicht nur durch das Altern und die Materialermüdung bei den Reaktoren steigt. Es wird auch immer schwieriger, hoch qualifiziertes Personal zu finden. Nicht nur die Reaktoren, auch die Belegschaft wird immer älter. Da mittlerweile den meisten jungen an Technik interessierten und in der Ausbildung befindlichen Menschen klar ist, dass die Zukunft den Erneuerbaren Energien und nicht der Atomenergie gehört, ist auch kaum noch jemand gewillt, eine Tätigkeit im Bereich Atomenergie anzustreben. Dies hat eindeutig Folgen für die Reaktorsicherheit.

Erst führen Zwischenfälle und gravierende Sicherheitsmängel dazu, dass die beiden von Vattenfall betriebenen Atomreaktoren Brunsbüttel und Krümmel schon mehr als drei Jahre nicht mehr am Netz sind. Und dann plant das Unternehmen, jemanden zur Leiterin des Pannenreaktors Krümmel zu machen, die nicht einmal die nötige Qualifikation hat, um die Tests der Aufsichtsbehörde zu bestehen. So sieht scheinbar Sicherheitskultur à la Vattenfall aus. Ohne behördliche Intervention hätte der AKW-Betreiber ohne Weiteres eine Person zur Leiterin von Krümmel gemacht, die bei der praktischen Abschlussprüfung durchgefallen ist, weil sie bei einer Simulation auf der Krümmeler Übungswarte den Reaktor, statt wie gefordert in 30 bis 60 Minuten, nicht einmal in zwei Stunden in einen sicheren Zustand bringen konnte.

Warum die Bundesregierung die Augen vor dieser Problematik verschließt und trotz des steigenden Sicherheitsrisikos ohne Not die Laufzeiten um bis zu vierzehn Jahre verlängert, bleibt ihr Geheimnis. Die Bevölkerung hat aber eine Regierung verdient, bei der die Sicherheit der Menschen an erster Stelle steht

und nicht der Profit einiger weniger Unternehmen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird beim Thema Sicherheit nicht wegsehen, sondern gegen die von Union und FDP verabschiedeten Laufzeitverlängerungen klagen. Unser vorrangiges Ziel ist es, dass Deutschland sicherer wird und nicht, dass einige Aktionäre reicher werden.